

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Egon Franke MdB, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, bilanziert ein halbes Jahr nach dem Treffen am Werbellinsee: Im Sinne unserer Interessen. Seite 1

Jürgen Egert MdB begrüßt weiteres Gesetz zum Sozialgesetzbuch: Weniger Bürokratie - mehr Rechte für die Bürger. Seite 3

Rudolf Hartung: Kommentatoren bringen den Fußball in die rassistische Grauzone. Seite 5

Volker Neumann MdB: Internationale Hilfsorganisationen dürfen im Libanon nicht länger behindert werden. Seite 6

Peter Struck MdB: Der blinde Passagier als Kapitän? Seite 7

Georg Schläger MdB: Im Verhältnis zu Indien müssen Ungleichgewichte beseitigt werden. Seite 8

37. Jahrgang / 118

25. Juni 1982

Im Sinne unserer Interessen

Ein halbes Jahr nach dem Treffen am Werbellinsee

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Entscheidung der Bundesregierung in der Swing-Frage ist von der Opposition heftig kritisiert worden. Einbezogen wurde in die Kritik auch das Treffen vom Werbellinsee im Dezember vergangenen Jahres. Diese Kritik verkennet, daß seitdem manches geschehen ist, was uns wichtig war. Das soll hier noch einmal im Zusammenhang dargestellt werden.

Ausgangspunkt ist: Am 30. Juni läuft die 1974 für den Zeitraum 1975 bis 1981 vereinbarte Regelung über die Gewährung eines zinslosen Überziehungskredits im Innerdeutschen Handel aus. Die am Werbellinsee verabredete Verlängerung der Swing-Regelung um ein halbes Jahr sollte beiden Seiten Gelegenheit und Anreiz bieten, die beiderseitigen Interessen im Zusammenhang der gegenseitigen Beziehungen in ein verbessertes Verhältnis zu bringen, das durch den einseitigen Eingriff der DDR vom Herbst 1980 in den Reiseverkehr gestört worden war.

Die jetzige Entscheidung - stufenweise Zurückführung bis 1985 auf 600 Millionen Verrechnungseinheiten - ist mit einer Geltungsdauer von dreieinhalb Jahren die kürzeste, die wir seit der Dynamisierung von 1968 abgeschlossen haben. Sie bringt ferner in ausgewogener und angemessener Weise die Auffassung der Bundesregierung zur Geltung, daß im Verhältnis zur DDR die wirtschaftlich-finanziellen Beziehungen, der Reise- und Besuchsverkehr sowie die humanitären Fragen einen politisch-psychologischen Zusammenhang bilden.

"In ausgewogener und angemessener Weise" bedeutet: Die Situation erlaubt es uns nicht, den Swing auf seiner bisherigen Höhe zu halten. Jedoch setzt die Verminderung nicht sofort ein, sondern erst nach einem halben Jahr und auch dann nicht mit einem Schlag, sondern über zwei Stufen. Zu dieser maßvollen Art der Herabsetzung sieht sich die Bundesregierung veranlaßt:



1. Weil sie den innerdeutschen Handel, an Kontinuität interessiert, nicht verunsichern, nicht destabilisieren will;
2. weil es seit Werbellin Verbesserungen im Sinne unserer Wünsche und Interessen gegeben hat - wenn auch nicht in bezug auf den Mindestumtausch.

So wird es in der DDR durch Devisenleistungen im Rahmen einer Anschlußregelung zu entsprechenden Vereinbarungen von 1974 und 1978 ermöglichen, daß der nichtkommerzielle Zahlungsverkehr in der Praxis reibungslos fortgeführt werden kann. Das bedeutet, bestimmte Personen - Rentner, Pensionsbezieher, Sozialhilfeempfänger und minderjährige Waisen - können auch weiterhin vierteljährlich bis zu 600 Mark von privaten Bankguthaben aus der DDR in D-Mark abziehen. Die DDR wird zu diesem Zweck im Zeitraum 1983 bis 1985 pro Jahr 60 Millionen D-Mark in die Verrechnungsmasse einschließen. Dieser Einschluß ist notwendig, weil die Transfermöglichkeit von den DDR-Bürgern weit weniger in Anspruch genommen wird als von Berechtigten bei uns. Unter der zum 31. Dezember dieses Jahres auslaufenden Regelung hat die DDR in den letzten vier Jahren pro Jahr 50 Millionen D-Mark für solche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Die DDR wird Personen, die vor dem 1. Januar 1981 die DDR "ungesetzlich verlassen" haben mit Ausnahme jener Personen, denen die DDR Fahnenflucht vorwirft - und deren hier lebenden Abkömmlingen die DDR-Staatsbürgerschaft aberkennen und von einer Strafverfolgung wegen des "ungesetzlichen Verlassens" der DDR absehen. Damit werden Unsicherheiten und Nachteile für diesen nach Zehntausenden zählenden Personenkreis ausgeräumt. Für diesen Personenkreis können künftig auch Anträge auf Einreise in die DDR gestellt und genehmigt werden. Abzuwarten bleibt, ob diese Regelung auch Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis der DDR im übrigen haben wird.

Mehrere Verbesserungen gibt es für West-Berliner. Sie liegen auf der Linie von Wünschen, wie sie der Berliner Senat vorgetragen hat: Verlängerung der Tagesaufenthalte bis 2.00 Uhr nachts und die Zulassung des neuen Übergangs im Berliner Norden für Fußgänger, die die Grenze im Linienbusverkehr passieren. Schon seit Monaten brauchen sich West-Berliner bei Besuchen in Berlin (Ost) und in der DDR polizeilich nur noch dann zu melden, wenn sie länger als zwei volle Tage bleiben wollen.

Ebenfalls im Laufe des Frühjahrs ist bereits - und das gilt für alle Arten von Reiseverkehr in die DDR - die Freigrenze für die Mitnahme von Geschenken verdoppelt worden.

Schließlich, seit Februar, die zahlenmäßige Erweiterung der Anlässe, bei denen DDR-Bürger vor dem gesetzlichen Rentenalter in Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik kommen können. Hier mag ein kleiner historischer Rückblick erlaubt sein. Reisen jüngerer DDR-Bürger in "dringenden" Familienangelegenheiten sind erst im Zusammenhang mit der Vertragspolitik ab 1972 möglich geworden. Die Anlässe waren erst Geburten, Eheschließungen, lebensgefährliche Erkrankungen und Sterbefälle, dann kamen einige Monate später silberne und goldene Hochzeiten hinzu. In jedem Fall, so muß man sagen, handelte es sich um wirklich "dringende" Familienangelegenheiten. Erst jetzt, fast zehn Jahre später, hat die DDR die Reihe der Reisegründe auf sozusagen normalere Familienanlässe ausgedehnt: nämlich auf Konfirmationen, Erstkommunionen und Jugendweihen und auf Geburtstage: den 60., den 65., den 70., den 75. und jeden weiteren Geburtstag. Diese Regelung ist nun vier Monate in Kraft. Wir beobachten eine erhebliche Zunahme dieses Ost-West-Verkehrs, und zwar um etwa 30 Prozent.

Bei Betrachtung des Gesamtbildes seit Werbellin darf schließlich und endlich nicht übersehen werden, daß sich Familienzusammenführung nach Umfang und Fristen positiv entwickelt.

Es ist also in der Tat gegenüber Dezember 1981 eine Verschiebung zugunsten der Interessen festzustellen, welche wir als Bundesrepublik gegenüber der DDR haben beziehungsweise zu vertreten haben. Mehr war nicht zu erreichen. Der Mindestumtausch bleibt Thema der innerdeutschen Beziehungen. Wer aber glaubt, gegenüber der DDR mit der Brechstange durchzukommen, der verkennt, daß dort nach wie vor die politischen Gesichtspunkte am Ende den Vorrang haben vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Bei allem, was uns damals in Werbellin von der DDR-Seite trennte, waren wir uns mit ihr doch darin einig, daß wir darauf sehen wollten, die internationalen Probleme der Entspannungspolitik nicht weiter, als bisher geschehen, auf das innerdeutsche Verhältnis durchschlagen zu lassen. Ich glaube, man kann sagen, Werbellin, dieses gegenseitige Versprechen, hat bisher gehalten.

(-/25.6.1982/hi/ca)

+ + +



Weniger Bürokratie - mehr Rechte für die Bürger

Weiteres Gesetz zum Sozialgesetzbuch verabschiedet

Von Jürgen Egert MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Bereits Willy Brandt hat in der ersten Regierungserklärung einer sozialliberalen Regierung gefordert, das Sozialrecht für den Bürger und die Verwaltung durchsichtiger zu machen. Diese Aufgabe wurde in jetzt fast 13 Jahren sozialliberaler Regierung Schritt für Schritt erfüllt. Am Freitag wurde ein weiterer wichtiger Schritt getan. Das Dritte Kapitel des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches wurde vom Bundestag verabschiedet. Es schließt die letzte Lücke bei den für alle Sozialleistungsbereiche geltenden gemeinsamen und übergreifenden Grundlagen- und Verfahrensvorschriften.

Das wenig überschaubare, vielfach aus unterschiedlichen Traditionen hervorgegangene Sozialrecht belastet die Verwaltung und Rechtsprechung in oft unnötiger Weise. Dieser Tatbestand führt zuweilen dazu, daß die erforderlichen und vom Gesetzgeber gewollten Sozialleistungen den Berechtigten nicht oder nicht rechtzeitig zugute kommen. Deshalb wurde die Neuordnung des Sozialrechts und die Zusammenfassung der verschiedenen Sozialleistungsbereiche zu einem umfassenden Sozialgesetzbuch in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieses Auftrages gibt das nunmehr verabschiedete Gesetz zum Sozialgesetzbuch Antwort in einer Vielzahl von Streitfragen, die bei der Zusammenarbeit der sozialen Leistungsträger, wie beispielsweise zwischen Renten- und Krankenversicherung, aufgetaucht sind. Es schafft damit eine sichere rechtliche Grundlage für alle Beteiligten. Durch eine bessere rechtliche Abstimmung innerhalb der sozialen Leistungssysteme erbringen diese ihre Leistungen effektiver. Das nützt dem Bürger. Die Effizienz der sozialen Leistungssysteme zu steigern, beugt der öffentlichen Unzufriedenheit vor, die den Beitrags- und Steuerzahler befällt, wenn er die Verteilungswirkungen, die mit den Sozialabgaben verbunden ist, nicht mehr durchschauen kann. Deshalb ist es um so wichtiger, vorhandene Barrieren für den Zugang zur sozialen Sicherung gerade auch bei denjenigen abzubauen, die sich schwer im Umgang mit Behörden tun. Das neue Gesetz bringt weniger Bürokratie - allein 55 Vorschriften entfallen ganz - und verbessert die Rechte der Bürger erheblich.

In der Vergangenheit konnten Sozialleistungen beispielsweise Rentennachzahlungen häufig mehrere Monate lang nicht ausgezahlt werden, weil zuerst Ansprüche anderer Leistungsträger, etwa der Krankenkasse gegenüber dem Bürger geprüft werden mußten. Diese Prüfung verzögerte sich oft unnötig. Künftig hat die Rentenversicherung oder ein anderer Leistungsträger nur noch zwei Monate Zeit, um zu prüfen, ob die anstehende Nachzahlung einem anderen Leistungsträger oder dem berechtigten Bürger selbst zusteht. Das zwingt die Sozialleistungsträger zu einer engeren Zusammenarbeit. Den Vorteil hat der leistungsberechtigte Bürger.

Um Kosten zu sparen und die Belastung der Patienten zu verringern, sollen überflüssige Mehrfachuntersuchungen vermieden werden. Veranlaßt künftig ein Leistungsträger eine ärztliche Untersuchung, um festzustellen, ob die Voraussetzungen für



eine Sozialleistung vorliegen, sollen die Untersuchungen so vorgenommen werden und die Ergebnisse so festgehalten werden, daß sie geeignet sind, auch bei der Prüfung der Voraussetzungen für andere Sozialleistungen verwandt zu werden. Außerdem wird dem Patienten das Recht eingeräumt, die Herausgabe ärztlicher Unterlagen zur Vorlage bei seinem Sozialversicherungsträger zu verlangen.

Die Stellung des Versicherten bei Schadenersatzansprüchen im Verhältnis zum Sozialversicherungsträger wird verbessert. Das Gesetz erleichtert auch die Zusammenarbeit zwischen den Leistungsträgern, indem es klare und einheitliche Regelungen, etwa bei gegenseitigen Ersatzansprüchen, schafft. Die Zulassung von Arbeitsgemeinschaften für die verschiedenen Leistungsträger soll eine unbürokratische und effektive Erledigung dort ermöglichen, wo dies im Wege einer kooperativen Zusammenarbeit zweckmäßig ist.

Die Verabschiedung des Sozialgesetzbuches hat zusätzliche Bedeutung dadurch bekommen, daß aufgrund der Gesetzesinitiative der Koalitionsfraktionen ein Teil der von der Bundesratsmehrheit der CDU/CSU eingebrachten Sozialhilfekürzungen aus dem Zweiten Haushaltsstrukturgesetz korrigiert werden. Dabei geht es um die Taschengeldregelung für Sozialhilfeempfänger in Heimen. Heimbewohner sollen künftig ein Taschengeld von mindestens 120 Mark im Monat bekommen, das bei einem Eigenbetrag zu den Heimkosten um Beträge bis zu 27 Mark monatlich erhöht werden kann. Zudem soll dieses Taschengeld jährlich erhöht werden.

Eltern, deren behinderte Kinder einen Platz in einem Heim oder in einer Tageseinrichtung erhalten haben, sollen an den Kosten künftig nur noch in Höhe der häuslichen Ersparnisse und nicht in Höhe der tatsächlichen Kosten des Lebensunterhalts in der Einrichtung beteiligt werden. Das wird viele Eltern von der finanziellen Bedrängnis befreien, in die sie geraten sind. Und drittens sollen das Blindengeld oder gleichartige Leistungen auf das Pflegegeld nicht sofort in vollem Umfang, sondern schrittweise angerechnet werden.

(-/25.6.1982/ks/ca)

+ + +



Politik und Sport - zwei Paar Schuhe?

Kommentatoren bringen den Fußball in die rassistische Grauzone

Von Rudolf Hartung

Bundevorsitzender der Jungsozialisten

Politik und Sport sind zwei verschiedene Schuhe, heißt's aus berufenem und unberufenem Mund landauf landab - Fußballschuhe, versteht sich in diesen Wochen. Schön wär's, wenn das die Wahrheit wäre. Wer am Nachmittag oder abends seinen Fernsehapparat einschaltet, um die Künste der im sonnigen Spanien versammelten Balltreter zu verfolgen, der wird eines schlechteren belehrt.

Fußball transportiert eben nicht nur das Kopf-, Waden- oder Zehenspitzenkönnen der Spieler, sondern auch Ressentiments, Vorurteile, ja es bewirkt häufig ein temporäres Erblinden auf beiden Augen. Wie anders wäre wohl zu erklären, daß bei der vorletzten Fußballweltmeisterschaft in Argentinien viel über den Umfang der Pampas-Steaks und das heitere Gemüt der dortigen Bevölkerung zu erfahren war, aber kaum etwas über die Folterpraktiken der Schergen des herrschenden Militärregimes?

Spanien war angetan, aufatmen zu lassen. Aber offenbar sind manche unserer Sportkommentatoren damit nicht zufrieden. Klammheimlich lassen sie einfließen, wie sie Welt und Leute sehen - zum Ärger eines jeden, der aufmerksam und kritisch verfolgt, was die hochbezahlten Sportjournalisten der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zum Besten geben.

Bei praktisch jedem Spiel der sowjetischen Balltreter ist zu hören: Ich bin ja auch kein Freund der Russen, aber das ist doch eine klare Benachteiligung. Fußball und Sport sind wie erwähnt zwei verschiedene Schuhe. Und ob Sowjetmensch Stürmerstar Blochin beim Lospesen aufs brasilianische Tor an Wladimir Iljitsch denkt, der bekanntlich "an den Schlaf der Welt rührte", muß doch bezweifelt werden. Oder sollte die vorsorgliche Distanzierung von der UdSSR durch den jeweiligen Kommentator signalisieren, daß er seine "Schere im Kopf" nicht beim spanischen Zoll zu deponieren wagte!

Nun mag man gegenhalten: Macht doch aus einer Mücke keinen Elefanten! Gut, einverstanden.

Mehr als ärgerlich, schon beleidigend und diskriminierend ist aber, daß die Mikrophon-Artisten von ARD und ZDF sich anerkennen haben, von den "Exoten" zu reden. Hautfarbe



und Herkunft werden zum begrifflichen Sammelbegriff für Spieler aus fernen Ländern. Bezeichnend ist auch, daß keinem der Sportjournalisten das Wort "Exoten" über die Lippen kommt, kreisen zum Beispiel neuseeländische oder chilenische Spieler übers Fußballfeld. Die Männer aus Kamerun, El Salvador, Kuwait und Peru sind offenkundig dankbarere "Objekte". So manchem Kommentator will nicht ins Oberstübchen, daß er unbeschwert einem Kulturimperialismus frönt. Oder würden die bundesdeutschen Herrschaften auf der Pressetribüne nicht auffaulen, wenn ein Sportberichterstatter aus dem Kamerun sein Erstaunen darüber äußerte, daß es den "Weißen" immer wieder gelingt, einen Ball geradeaus zu treten - Motto: Kusch Dich, sei froh, daß Ihr überhaupt ein wenig mitmischen dürft!

Der Fußball - beflissen als "Schönste Nebensache der Welt" tituliert - wird in eine chauvinistische und rassistische Grauzone gezerrt. Und man wird den Eindruck nicht los, daß mitunter noch drastischer formuliert würde, hätte die Chefredakteursetage Grünes Licht gegeben.

Weltmeisterschaften und Olympische Spiele in jüngerer und jüngster Vergangenheit haben bewiesen, wie geschickt Machthaber den Hunger nach begeisternden Spielszenen zu benutzen wissen. Wortreich setzt man sich von diesen Praktiken ab und lobt, wie gut es dem Sport bekommt, wenn er jenseits aller Politik betrieben wird. Dieselben Reinheitsfanatiker scheren sich nicht darum, ob sich auf unauffällige Weise soziale und ethnische Dequalifizierungen einschleichen. Schade eigentlich, daß da noch niemand an ein Weltturnier für objektive Sportberichterstattung gedacht hat. Es wäre sehr zweifelhaft, ob die jetzige Riege der bundesdeutschen Fußball-Kommentatoren überhaupt die Vorrunde erreichen könnten.

(-/25.6.1982/ks/ca)

+ + +



Appell an Israel

Internationale Hilfsorganisationen dürfen in Libanon nicht länger behindert werden

Von Volker Neumann MdB

Obmann im Unterausschuß Humanitäre Hilfe

Der Unterausschuß "Humanitäre Hilfe" des Auswärtigen Ausschusses hat sich in einer Sondersitzung am heutigen Tage durch die deutschen Hilfsorganisationen über die Lage in Libanon informiert. Übereinstimmend haben die Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der Caritas, des Diakonischen Werks und der Not-Ärzte erklärt, daß die Lage noch unübersichtlich ist. Sicher ist allerdings, daß im Südlibanon die medizinische Versorgung den Umständen entsprechend gesichert ist und Vorkehrungen getroffen sind, insbesondere vom Deutschen Roten Kreuz jederzeit bei Bedarf weitere personelle Hilfe zu leisten. Schwierigkeiten gibt es allerdings bei der Versorgung der Flüchtlinge und der vom Krieg betroffenen Zivilbevölkerung der Versorgung mit Unterkunft und Hilfsmitteln, die das tägliche Leben erfordern. 1.300 Tonnen Hilfsgüter lagern auf Zypern und können nicht in den Libanon gebracht werden. Der Transport von Hilfsgütern über Syrien und Israel gestaltet sich immer noch als ausgesprochen schwierig. Ein Zugang direkt in den Libanon über die Häfen Sidon und Tyros ist unmöglich.

Die internationale Hilfe wird koordiniert geleistet, wobei man davon ausgehen muß, daß die Situation auch in den durch Israel besetzten Gebieten sich jederzeit verschlechtern kann. Noch ungeklärt ist, wie die Entwicklung in West-Beirut sich gestaltet. West-Beirut ist eingeschlossen und es stellt sich bereits jetzt die Frage, wie lange die Versorgung mit Nahrungsmitteln dort noch gewährleistet ist.

In Anbetracht der Lage ist von der israelischen Regierung zu fordern, daß unverzüglich die Häfen Sidon und Tyros für den Zugang von Hilfsgütern geöffnet werden. Dieses ist trotz Intervention der deutschen Bundesregierung am gestrigen Tage wiederum von der israelischen Regierung abgelehnt worden.

Die Lage der palästinensischen und libanesischen Gefangenen in israelischen Kriegsgefangenenlagern ist ungeklärt. Berichte sprechen von einem unmenschlichen Verhalten gegenüber diesen Gefangenen. Der Zugang zu den Gefangenen muß dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes unverzüglich gestattet werden, wenn sich nicht Israel einer Verletzung des Genfer Abkommens schuldig machen will.

Von der israelischen Regierung wird weiterhin gefordert, daß sie allen Hilfsorganisationen die Möglichkeit gibt, in dem besetzten Gebiet Hilfe zu leisten, die sich an dem dortigen Bedarf orientiert.

Mittel- und langfristig muß den Libanesen eine Aufbauhilfe geleistet werden, die über das Maß hinaus geht, welches bereits jetzt vorgesehen wird. Da die derzeitige Situation durch Israel herbeigeführt worden ist, sollte auch in die Überlegung einbezogen werden, ob die Kapitalhilfe für Israel in den Aufbau des Libanon umgeleitet wird. Bei der Besetzung Kambodschas durch Vietnam sind die für Vietnam vorgesehenen Entwicklungshilfemittel den Indochinaflüchtlingen zugute gekommen. Eine ähnliche Situation stellt sich jetzt im Verhältnis zwischen Israel und dem Libanon.

(-/25.6.1982/ks/ca)

+ + +



Alles schwarz?

Oder: der blinde Passagier als Kapitän?

Von Dr. Peter Struck MdB

Die SPD soll weg - in die Opposition, je schneller, je besser. Das jedenfalls wollen die Kommentatoren und selbsternannten Auguren allen einreden, die es angeht. "Wohlmeinende" Ratschläge richten sich vor allem an die FDP, weil da bei den Sozialdemokraten nichts zu machen ist. Sie stehen zum Wählerauftrag vom 5. Oktober 1980. Auch diejenigen, die wackeln, können nicht ernsthaft wollen, daß die Bundesrepublik nicht mehr von Helmut Schmidt an der Spitze regiert wird. Kohl als Kanzler: Das hieße, einen blinden Passagier zum Kapitän zu machen!

Aber davon soll hier nicht die Rede sein, sondern von den politischen Mehrheiten in einem solchen Fall. Der absolute CDU-Staat wäre dann nicht mehr weit, wie Axel Wernitz zu Recht geschrieben hat.

In der Bundesrepublik gibt es 86 Städte mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern. In 57 Städten ist die CDU stärkste Partei, in fünf liegt sie gleichauf mit der SPD. Das heißt: In 72 Prozent dieser Städte ist die CDU stärkste Partei.

Bei den 36 Städten mit 100.000 bis 200.000 Einwohnern ist die SPD in 20 Städten stärkste Fraktion, die CDU in 14 und in zwei Städten liegen beide gleichauf. Also fast 50 Prozent schon fest (?) in CDU-Hand.

Wir haben in der Bundesrepublik 19 Städte mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern. Dort sieht es für die Sozialdemokraten noch düsterer aus: In elf Städten, oder 58 Prozent ist die CDU inzwischen stärkste Fraktion im Rat.

Von den Stadtstaaten abgesehen, gibt es neun Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern. In München, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart stellt die CDU die stärkste Fraktion, in Hannover liegen CDU und SPD gleichauf, in Köln hat die SPD ein Mandat mehr als die CDU und nur in Essen, Dortmund und Duisburg ist die SPD die stärkste Fraktion im Rat.

In Berlin und Hamburg ist die CDU inzwischen stärker als die Sozialdemokraten und stellt den Präsidenten des Abgeordnetenhauses beziehungsweise der Bürgerschaft. Nur Bremen steht.

Die übrigen acht Bundesländer werden von sechs CDU-Ministerpräsidenten und nur zwei Sozialdemokraten an der Spitze der Kabinette regiert. Und: bei aller, durch das Grundgesetz gebotenen Zurückhaltung ist doch wohl der Hinweis erlaubt, daß der Bundespräsident und der Präsident des Bundesverfassungsgericht vor ihrer jetzigen Tätigkeit verantwortliche Funktionen und Positionen in der CDU wahrgenommen haben!

Wer sich diese Konstellation vor Augen hält, versteht schon, warum nun auch noch das bedeutende Verfassungsorgan Bundesregierung kippen soll: dann wäre fast alles schwarz. Die, die den absoluten CDU-Staat haben wollen, hätten ihr Ziel erreicht. Es gilt, das zu verhindern!

Sozialdemokraten sollten nicht den anderen das Feld überlassen; sie müssen vielmehr die Bastionen halten und die alten in den Gemeinden zurückerobern, auch durch eine gute Kommunalpolitik, die unterstützt wird durch uns hier in Bonn. Denn merke: Schwarz hören und sehen kommt teuer zu stehen!
(-/25.6.1982/ks/cä)

+ + +



Verbesserungen notwendig

Im Verhältnis zu Indien müssen Ungleichgewichte beseitigt werden

Von Georg Schlaga MdB

Vorsitzender der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe

Vom 23. bis 30. Juni besucht eine offizielle Delegation des Indischen Unterhauses (Lok Sabha) die Bundesrepublik Deutschland. Der Präsident des Parlaments (Speaker) führt diese Delegation an.

Dies ist schon deshalb ein besonderes Ereignis, weil der letzte offizielle Parlamentarier-Besuch nahezu zehn Jahre zurückliegt. Auf Regierungsebene dagegen läuft es besser: Außen- und Wirtschaftsminister haben im letzten Jahr mehrmals Gespräche geführt. Außerdem war der Bundespräsident 1981 Gast in Indien.

Das Verhältnis Indien - Bundesrepublik Deutschland ist spannungsfrei und von funktionierenden Beziehungen geprägt. Die ersten Gespräche mit Mitgliedern der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe, mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben jedoch gezeigt, daß Verbesserungen notwendig zu sein scheinen: Die indische Seite empfindet die Haltung der EG - aber auch der Bundesrepublik Deutschland - als ausgesprochen protektionistisch, dies besonders angesichts der unausgeglichene Handelsbilanz des Landes.

In der Beurteilung der Weltlage gibt es keine bedeutenden Divergenzen. Allerdings gibt es in der empfindlichen Frage der sowjetischen Aggression in Afghanistan unterschiedliche Lösungsansätze: Daß Indien einer Rüstungshilfe für Pakistan durch die USA strikt ablehnend gegenübersteht, kann nicht wundern. Die USA könnten hier eine ausgewogenere Politik in der betroffenen Region ausüben. Das würde vielleicht auch dazu führen, daß die steckengebliebenen Verhandlungen zum Zwecke eines Nichtangriffpaktes zwischen Indien und Pakistan wieder in Gang kämen.

Als ein blockfreies Land mit 700 Millionen Einwohnern, als bedeutender Handelspartner für uns, als ein Land, das in der von uns gewährten Entwicklungshilfe an erster Stelle in der Welt steht, als ein Land, in dem wir sieben Goethe Institute unterhalten und zu dem wesentliche kulturelle Bindungen bestehen, sollten wir mit diesem die vorhandenen guten Beziehungen weiter pflegen, ausbauen und Ungleichgewichtigkeiten beseitigen.

Der Indischen-Parlamentarier-Delegation mit ihrem Speaker an der Spitze gilt daher unser herzlicher Willkommensgruß.
(-/25.6.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

